

# Stellungnahme

zu den Kompromisstexten des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments zur geplanten EU-AML-Verordnung

*Lobbyregister-Nr. R001459*

*EU-Transparenzregister-Nr. 52646912360-95*

Kontakt:

Peter Langweg

Telefon: +49 30 2021-2311

Telefax: +49 30 2021-19 2300

E-Mail: langweg@bvr.de

Berlin, 10. Mai 2023

Federführer:

Bundesverband der Deutschen Volksbanken  
und Raiffeisenbanken e. V.

Schellingstraße 4 | 10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-0

Telefax: +49 30 2021-1900

[www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de](http://www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de)

Stellungnahme zu den Kompromisstexten des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments zur geplanten EU-AML-Verordnung vom 10. Mai 2023

Die Deutsche Kreditwirtschaft unterstützt ausdrücklich die Bemühungen einer Harmonisierung der europäischen Vorgaben. Als von der Anti-Geldwäscheregulierung hauptbetroffene Verpflichtetengruppe in Deutschland leisten die Kreditinstitute seit jeher einen entscheidenden Beitrag zur Geldwäscheverhinderung, tragen aber auch die Hauptlast der angeordneten Maßnahmen. Daher ist ein risikoadjustierter und praktisch umsetzbarer Maßnahmenkatalog mit größtmöglicher Wirkmacht für Kreditinstitute von herausragender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sehen wir insbesondere die Vorschläge

- zur Vermischung der Vorgaben zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mit denen des Sanktionsregimes,
- zur Ermittlung und Identifizierung wirtschaftlich Berechtigter,
- zur Erweiterung des Kreises politisch exponierter Personen und
- zu Beschränkungen der Outsourcingmöglichkeiten

sehr kritisch.

Die nachfolgenden Ausführungen geben einen kurzen Überblick über diese nach unserer Bewertung besonders problematischen Regelungsvorschläge. Ausführlichere Anmerkungen hierzu sowie zu weiteren justierungsbedürftigen Regelungsvorschlägen haben wir in der anliegenden Tabelle aufgeführt.

## 1. Sanktionsregime

Durch Aufnahme diverser Obliegenheiten aus dem Sanktionsregime in die EU-Verordnung zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (zum Beispiel in Recital 23a, Recital 24a, Art. 8 Abs. 1 lit b), Art. 16 Abs. 2a, Art. 21a, Art. 36c und Art. 37a) werden diese Regelungskreise miteinander vermischt. Beides sind zwar gesetzliche Aufgaben der Verpflichteten. Die exakten Obliegenheiten ergeben sich jedoch aus verschiedenen Rechtstexten, die nicht miteinander vermischt werden sollten. Auch die Aufsicht über die Regelungskreise wird von unterschiedlichen Behörden ausgeübt. Darüber hinaus unterscheiden sich die Werkzeuge zur Verhinderung der jeweiligen Zielobjekte maßgeblich voneinander. Sanktionsregeln folgen regelbasierten (absoluten) Prinzipien, geldwäscherechtliche hingegen risikobasierten Prinzipien (vgl. auch FATF Recommendations). Zur Vermeidung durchgreifender Unklarheiten, was wann zu tun ist und welche Rechtsfolgen es nach sich bringt, sollten die Vorgaben zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einerseits und zur Einhaltung des Sanktions- und Proliferationsregimes andererseits getrennt voneinander geregelt bleiben. **Wir fordern daher dringend die Streichung sämtlicher Bezugnahmen auf das Sanktionsregime in der Verordnung.**

## 2. Wirtschaftlich Berechtigter

Bei der Thematik des wirtschaftlich Berechtigten bestehen zwei Problemfelder. Diese betreffen einerseits die Berechnungsmethode bei der Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten sowie andererseits dessen Identifizierung.

Zunächst einmal begrüßen wir die Bestätigung der 25%-Schwelle in Art. 42 des Ratskompromisses. Anstelle der im Ratskompromiss vorgeschlagenen Vorgehensweise wäre es aus unserer Sicht jedoch praktikabler und sachnäher, bei mehrstufigen Beteiligungen auf der ersten Beteiligungsebene eine 25%-Schwelle vorzusehen und ab der zweiten Beteiligungsebene am Vertragspartner auf die Möglichkeit der Beherrschung des Vertragspartners abzustellen. **Nicht zuletzt aus Gründen der Datensparsamkeit und mit Blick auf die tatsächlichen Möglichkeiten der Einflussnahme der betreffenden Personen auf den Vertragspartner sollte allein auf dessen beherrschenden Einfluss abgestellt werden, insbesondere durch mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechtsanteile.**

Ganz wesentlich ist, dass die Anforderungen an die Identifizierung von Kunden und wirtschaftlich Berechtigten wie bisher unterschiedlich ausgestaltet werden. Beim wirtschaftlich Berechtigten handelt es sich

Stellungnahme zu den Kompromisstexten des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments zur geplanten EU-AML-Verordnung vom 10. Mai 2023

nicht um den Kunden des Kreditinstituts bzw. Verpflichteten, sondern um einen Dritten. Die Verpflichteten unterhalten zu wirtschaftlich Berechtigten regelmäßig keine Geschäftsbeziehung und haben deshalb keinen eigenen unmittelbaren Auskunftsanspruch gegen den wirtschaftlich Berechtigten. Sie müssen sich die entsprechenden Daten und Dokumente zur Überprüfung daher über ihren Kunden und ggf. aus weiteren zuverlässigen externen Quellen besorgen. Je mehr Daten erhoben und überprüft werden müssen, umso größer wird der entsprechende Aufwand, der wichtige Ressourcen an falscher Stelle bindet. Ziel muss es sein, nur die Daten zu erheben, die zur tatsächlichen Identifizierung einer Person und zur Beantwortung der Frage nach einer etwaigen Kontrolle einer juristischen Person durch eine natürliche Person ausreichen. **Wir sprechen uns daher nachdrücklich dafür aus, die hierfür ausreichenden Vorgaben nach geltendem Recht, die zudem den Verpflichteten die Anwendung eines risikobasierten Ansatzes ermöglichen, beizubehalten. Eine Gleichschaltung der Anforderungen an die Identifizierung von Kunden und wirtschaftlich Berechtigten ist dagegen nicht sachgerecht.**

Die diesbezüglich in Art. 18 Abs. 4 lit. (ba) des Parlamentskompromisses geforderte dokumentäre Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten wird in der Praxis häufig daran scheitern, dass dieser beim Onboarding-Prozess nicht anwesend ist und vielfach seinen Wohnsitz noch nicht einmal in dem Land des Verpflichteten hat. Hierdurch würde ein ganz erheblicher Mehraufwand produziert, ohne dass sich durch die dokumentäre Identifikation für den Verpflichteten ein Mehrwert für die Geldwäscheverhinderung der Kreditinstitute ergeben würde. **Art. 18 Abs. 4 lit. (ba) des Parlamentskompromisses sollte daher dringend gestrichen werden, auch weil vorhersehbar ist, dass wegen der zu erwartenden Undurchführbarkeit dokumentärer Identifikationen insbesondere von wirtschaftlich Berechtigten im Ausland zahlreiche Geschäftsbeziehungen nicht mehr begründet werden könnten oder sogar beendet werden müssten.**

### **3. Politisch exponierte Personen**

Die vom Parlament vorgeschlagene Aufnahme von Leitern regionaler und lokaler Behörden mit einer Bevölkerung von nur 30.000 Einwohnern in die Liste der PEPs passt nicht zur FATF-Definition, die sich auf eine Person bezieht, die mit herausragenden öffentlichen Funktionen betraut ist oder betraut war. Sie würde zudem zu einem ganz wesentlichen Zuwachs von PEPs und deren Familienangehörigen führen. Der damit verbundene Aufwand und die damit verbundenen Einschränkungen für die betroffenen Personen stünde in keinem Verhältnis mit den von diesen ausgehenden Risiken. **Die vom Parlament vorgeschlagene Erweiterung des Personenkreises von politisch exponierten Personen (PEPs) in Art. 2 Abs. 25, u.a. auf die unter (viiia) aufgezählten Betroffenen sollte daher nicht übernommen werden, weil die Risikolage regionaler Behördenleiter nicht vergleichbar ist mit den bisherig als PEP definierten Personenkreisen.**

### **4. Outsourcing**

Weil die Anforderungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung immer komplexer werden, ist es gerade für kleine und mittlere Kreditinstitute von erheblicher Bedeutung, das Aufgabenspektrum des Geldwäschebeauftragten oder einzelne Aspekte davon möglichst umfassend an hoch spezialisierte und zuverlässige Dienstleister auslagern zu können.

Wir begrüßen daher den Standpunkt des Rates und den Parlamentsentwurf, die es im neuen Art. 6a bzw. Art. 40 grundsätzlich erlauben, Aufgaben, die sich aus den Anforderungen der AMLR ergeben, auszulagern. Das zugleich vorgeschlagene Verbot, die Meldung verdächtiger Aktivitäten oder schwellenwertbezogener Meldungen auszulagern, wird jedoch ein Hindernis für eine schnelle und effiziente Meldung darstellen, da dadurch stets eine zusätzliche Kommunikation zwischen auslagerndem Kreditinstitut und Insourcer erforderlich wird. Dieses Problem wird gerade für kleinere Kreditinstitute auch durch die Kompromissentwürfe noch nicht hinreichend entschärft, da sie nur für gruppeninterne Insourcer und Kooperationen zum

Stellungnahme zu den Kompromisstexten des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments zur geplanten EU-AML-Verordnung vom 10. Mai 2023

AML/CFT-Informationsaustausch (mit vermutlich weiteren kleineren Instituten) Ausnahmen formulieren. Gerade kleinere und nicht gruppenangehörige Kreditinstitute profitieren jedoch in besonderem Maße von der Möglichkeit des Outsourcings auf hochspezialisierte Dienstleister. **Wir setzen uns daher mit Nachdruck dafür ein, auch außerhalb von Konzernstrukturen die Auslagerung der Meldung verdächtiger Aktivitäten oder schwellenwertbasierter Erklärungen an hochspezialisierte Dienstleister zuzulassen und regen dringend die Streichung von Art. 6a Abs. 2 lit. c) des Ratskompromisses bzw. Art. 40 Abs. 2 lit. f) des Parlamentsentwurfs an.**

Weitere Ausführungen haben wir in der **anliegenden** Tabelle aufgeführt.

**Anlage**

-----

<p><b>Article 2 – paragraph 1 – point 22</b>  <b>Regulatory technical standards on the information necessary for the performance of customer due diligence</b>  (22) ‘beneficial owner’ means:  (a) any natural person who ultimately owns or controls, according to articles 42 to 43, a legal entity, an express trust or a similar legal arrangement;  (b) any natural person on whose behalf or for the benefit of whom a business relationship or a transaction or activity is being conducted;</p>	<p>(22) ‘beneficial owner’ means any natural person who ultimately owns or controls a legal entity or <b>an</b> express trust or similar legal arrangement, <b>or an organisation that has legal capacity under national law</b>, as well as any natural person on whose behalf or for the benefit of whom a transaction or activity <b>or business relationship</b> is being conducted;</p>	<p>Der Ratskompromiss ist sachgerechter, weil er richtigerweise Rechtsgestaltungen wie die Erben- oder Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) ausspart, auf die das Konstrukt des wirtschaftlich Berechtigten nicht passt.</p>
	<p><b>Article 2 – paragraph 1 – point 25</b>  (25) ‘politically exposed person’ means a natural person who is or has been entrusted with prominent public functions <b>including:</b>  [...]  <b>(viiia) heads of regional and local authorities including groupings</b></p>	<p>Die Aufnahme von Leitern regionaler und lokaler Behörden mit einer Bevölkerung von nur 30.000 Einwohnern in die Liste der PEPs stimmt u.E. nicht mit der FATF-Definition überein, die sich auf eine Person bezieht, die mit herausragenden öffentlichen Funktionen betraut ist oder betraut war.</p>

	<p><b><i>of municipalities and metropolitan regions of at least 30.000 inhabitants;</i></b></p>	<p><b>Petition:</b> Die Erweiterung des Personenkreises von politisch exponierten Personen (PEPs) in Art. 2 Abs. 25, u.a. auf (<i>viii</i>) sollte nicht übernommen werden, weil die Risikolage regionaler Behördenleiter nicht vergleichbar ist mit den bisherig als PEP definierten Personenkreisen.          Sie würde zudem zu einem ganz wesentlichen Zuwachs von PEPs und deren Familienangehörigen führen. Der damit verbundene Aufwand und die damit verbundenen Einschränkungen für die betroffenen Personen stünde in keinem Verhältnis mit den von diesen ausgehenden Risiken.</p>
<p><b>Article 6a Outsourcing</b>          2. The tasks outsourced pursuant to paragraph 1 shall not be undertaken in such way as to impair materially the quality of the obliged entity's measures and procedures to comply with the requirements of this Regulation and of Regulation [please insert reference – proposal for a recast of Regulation (EU) 2015/847 – COM/2021/422 final]. The</p>	<p><b>Article 40 – paragraph 2 – point f</b></p>	<p>Weil die Anforderungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung immer komplexer werden, ist es gerade für kleine und mittlere Kreditinstitute von erheblicher Bedeutung, das Aufgabenspektrum des Geldwäschebeauftragten oder einzelne Aspekte davon möglichst umfassend an hoch spezialisierte und zuverlässige Dienstleister auslagern zu können.</p>

<p>following tasks shall not be outsourced under any circumstances: [...] (c) the reporting of suspicious activities or threshold-based declarations to the FIU pursuant to Article 50, unless either such activities are outsourced to a service provider belonging to the same group as the obliged entity and which is established in the same Member State as the obliged entity or consent is granted by national competent authority to allow obliged entities participating in a partnership for information sharing in the AML/CFT field to outsource the reporting of suspicious activities within the partnership. [...]</p>	<p>(f) the reporting of suspicious activities or threshold-based declarations to the FIU pursuant to Article 50, <b><i>unless such activities are outsourced to a service provider belonging to the same group as the obliged entity and which is established in the same Member State as the obliged entity.</i></b></p>	<p>Wir begrüßen daher den Standpunkt des Rates und den Parlamentsentwurf, die es im neuen Art. 6a bzw. Art. 40 generell erlauben, Aufgaben, die sich aus den Anforderungen der AMLR ergeben, auszulagern. Das gleichzeitig vorgeschlagene Verbot, die Meldung verdächtiger Aktivitäten oder schwellenwertbezogener Meldungen auszulagern, wird jedoch ein Hindernis für eine schnelle und effiziente Meldung darstellen, da dadurch stets eine zusätzliche Kommunikation zwischen auslagernder Bank und Insourcer erforderlich wird. Dieses Problem wird gerade für kleinere Kreditinstitute auch durch die Kompromissentwürfe noch nicht hinreichend entschärft, da sie nur für gruppeninterne Insourcer und Kooperationen zum AML/CFT- Informationsaustausch (mit vermutlich weiteren kleineren Instituten) Ausnahmen formulieren. Gerade kleinere und nicht gruppenangehörige Kreditinstitute profitieren jedoch in besonderem Maße von der Möglichkeit des Outsourcings auf hochspezialisierte</p>
--	---	--

		<p>Dienstleister. Wir setzen uns daher mit Nachdruck dafür ein, auch außerhalb von Konzernstrukturen die Auslagerung der Meldung verdächtiger Aktivitäten oder schwellenwertbasierter Erklärungen an hochspezialisierte Dienstleister zuzulassen.</p> <p><b>Petition: Streichung von Art. 6a Abs. 2 lit. c) des Ratskompromisses bzw. Art. 40 Abs. 2 lit. f) des Parlamentsentwurfs</b></p>
	<p><b>Article 7 – paragraph 4 Business-wide risk assessment</b>          4. By [two years after the entry into force of this Regulation], AMLA, <b><i>after consulting the European Supervisory Authority (European Banking Authority) (EBA), established by Regulation (EU) No 1093/2010 of the European Parliament and of the Council, shall develop draft regulatory technical standards and submit them to the Commission for adoption. Those draft regulatory technical</i></b></p>	<p>Entscheidungen zur Personalausstattung obliegen in erster Linie den Verpflichteten und werden von internen und externen Prüfern sowie den zuständigen Aufsichtsbehörden im Hinblick auf deren Angemessenheit individuell beurteilt. Aufgrund der in der EU sehr unterschiedlich strukturierten Kreditinstitute, ist die nationale Aufsichtsbehörde diejenige Stelle, die den Ressourcenbedarf der nationalen Kreditinstitute unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Größen und Ausrichtungen am besten einschätzen kann.</p>



	<p><b>standards shall specify</b> the elements that obliged entities should take into account when deciding on the extent of their internal policies, controls and procedures <b>based on their assessed level of risk. They shall also include guidance on how to determine the number of staff to be entrusted with compliance functions as set out in Article 9, taking into account the nature, activity and size of obliged entities and the inherent risks of the sector in which they operate.</b></p>	<p>Standardisierte Vorgaben werden dagegen den unterschiedlichen Geschäftsmodellen der Verpflichteten zwangsläufig nicht gerecht.</p> <p><b>Petition:</b> <b>Streichung der gegilbten Passage des Parlamentsvorschlags.</b></p>
<p><b>Article 8</b> <b>Scope of internal policies, procedures and controls</b> 1. Obligated entities shall have in place policies, procedures and controls in order to ensure compliance with this Regulation, the Regulation [please insert reference – proposal for a recast of Regulation (EU) 2015/847 - COM/2021/422 final], any other legal provisions adopted for the implementation of these Regulations and any administrative act issued by any supervisor and in particular to:</p>		<p>Die Nummerierung des Artikels im Ratskompromiss erscheint fehlerhaft. Der Artikel folgt auf Art. 6a und sollte somit als Artikel 7 geführt werden.</p> <p>Art. 8 Abs. 1 lit. b) des Ratskompromisses verlangt von den Verpflichteten, bei der Ausarbeitung ihrer internen Vorgaben, Verfahren und Kontrollen auch das Sanktionsregime sowie die Vorgaben zur Verhinderung der Proliferationsfinanzierung zu</p>

<p>[...] (b) in addition to the obligation to apply targeted financial sanctions, mitigate and manage the risks of non-implementation and evasion of proliferation financing-related targeted financial sanctions. Those policies, procedures and controls shall be proportionate to the risks, nature and complexity of the business and size of the obliged entity and shall cover all the activities of the entity that fall under the scope of this Regulation.</p>		<p>berücksichtigen. Durch Aufnahme dieser Obliegenheit in die EU-Verordnung zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung werden diese Regelungskreise, Sanktions- und Proliferationsregime auf der einen Seite sowie das Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsregime auf der anderen Seite miteinander vermischt. Beides sind zwar gesetzliche Aufgaben der Verpflichteten. Die exakten Obliegenheiten ergeben sich jedoch aus verschiedenen Rechtstexten, die nicht miteinander vermischt werden sollten. Auch die Aufsicht über die Regelungskreise wird von unterschiedlichen Behörden ausgeübt. Darüber hinaus unterscheiden sich die Werkzeuge zur Verhinderung der jeweiligen Zielobjekte maßgeblich voneinander. Zur Vermeidung durchgreifender Unklarheiten, was wann zu tun ist und welche Rechtsfolgen nach sich bringt, sollten die Vorgaben zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einerseits und zur Einhaltung des Sanktions- und Proliferationsregimes</p>
---	--	--

		<p>andererseits getrennt voneinander geregelt bleiben.</p> <p><b>Hintergrund:</b> Das Sanktionsrecht ist ein Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), um Druck auf Staaten auszuüben, sich im Sinne der Ziele und Werte der EU zu verhalten, was z.B. Menschenrechte, Frieden oder Rechtsstaatlichkeit betrifft. Die Gesetzgebungskompetenz liegt in Artikel 29 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). Danach kann der Rat der Europäischen Union, Sanktionen gegen Regierungen von Drittstaaten (Nicht-EU-Länder), nichtstaatliche Einheiten und Einzelpersonen (beispielsweise Terroristen) verhängen, um einen Wandel in deren Politik oder Handeln in dem gewünschten Sinne zu bewirken.</p> <p>Geldwäschebekämpfungsmaßnahmen und -gesetze beruhen hingegen auf Art. 114 AEUV (Die internen Politiken und Maßnahmen der Union), insbesondere Art. 26 (Gewährleistung des Funktionierens</p>
--	--	---

		<p>des Binnenmarktes) und dienen u.a. dem Schutz des Binnenmarktes.</p> <p>Abgesehen von den unterschiedlichen europäischen Gesetzgebungskompetenzen bzgl. der Regulierung, haben die beiden Bereiche verschiedene „Anwendungsformen“: Sanktionsregeln folgen regelbasierten (absoluten) Prinzipien, geldwäscherechtliche hingegen risikobasierten Prinzipien (vgl. auch FATF Recommendations). Die Vermischung dieser zwei Systeme würde u.a. dazu führen, dass unterschiedliche Regime, Aufsichtssysteme und ggf. Geldbußen Anwendung finden. Konkret würde dies bedeuten, dass durch die Implementierung sanktionsrechtlicher Pflichten in der AML-Verordnung Behörden, die sich ausschließlich mit Geldwäschebekämpfung beschäftigten und hierüber Anwendungs- und Auslegungshinweise erteilt haben, nunmehr einen für sie unbekanntem – und nicht zuständigen Bereich – mitregeln müssten. Das wiederum</p>
--	--	--

		<p>bringt u.a. doppelte (und z.T.) unterschiedliche Meldepflichten für die Verpflichteten mit sich. In Deutschland bestehen bereits mehrere Meldepflichten gegenüber unterschiedlichen Behörden.</p> <p>Zum Teil besteht offenbar die unrichtige Annahme, dass auch die Sanktionscompliance risikobasiert erfolgen könne und dass die Unterstellung unter das Geldwäscheregime die strengere Regelung sei. Dem ist klar zu widersprechen. Bei der Umsetzung von Sanktionsbestimmungen können Banken lediglich in den Bereichen risikobasiert agieren, in denen Transaktionen grundsätzlich zulässig sind, man aber z.B. aus Reputationsgründen davon absieht, erlaubtes Geschäft abzuwickeln.</p> <p>Um die Problematik zu verdeutlichen, listen wir nachfolgend <b>einige Beispiele</b> aus dem Entwurf der AML-VO auf, aus denen diese Vermischung deutlich wird, obwohl bereits aus dem EU-Aktionsplan sowie auch aus den FATF-Recommendations hervorgeht, dass</p>
--	--	--

		<p>das AML-Paket und auch insgesamt damit einhergehende Maßnahmen sich ausschließlich auf die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung beziehen:</p> <p><b>Recital 23a</b>  <b>Recital 24a</b>  <b>Art. 8 Abs. 1 lit b)</b>  <b>Art. 16 Abs. 2a:</b>  <b>Art. 21a:</b>  <b>Art. 36c</b>  <b>Art. 37a</b></p> <p><b>Petition:</b>  <b>Streichung sämtlicher Bezugnahmen auf das Sanktionsregime.</b></p>
<p><b>Article 7</b>  <b>Business-wide risk assessment</b>          1. Obligated entities shall take appropriate measures, proportionate to their size, as well as to the nature and complexity of their business, to identify and assess the risks of money laundering and terrorist financing to which they are exposed, as well as the risks of non-implementation and evasion of proliferation financing-related</p>		<p>Die Nummerierung des Artikels im Ratskompromiss erscheint fehlerhaft. Der Artikel sollte als Artikel 8 geführt werden.</p> <p>Art. 7 Abs. 1 lit. b) des Ratskompromisses verlangt von den Verpflichteten bei der Erstellung ihrer Risikoanalyse neben der Beachtung der jeweiligen nationalen Risikoanalyse auch die Beachtung der supra-nationalen Risikoanalyse</p>

<p>targeted financial sanctions, taking into account at least: [...] (b) the findings of the supra-national risk assessment drawn up by the Commission pursuant to Article 7 of Directive [please insert reference – proposal for 6th Anti-Money Laundering Directive – COM/2021/423 final]; [...]</p>		<p>der EU-Kommission. Da letztere jedoch gem. Art. 8 Abs. 3 des Ratskompromisses einer EU-Geldwäsche-Richtlinie bereits in die nationale Risikoanalyse eingeflossen ist, ist nicht ersichtlich, wie die supra-nationale Risikoanalyse noch weiteren Nutzen für die Erstellung der Risikoanalyse des Verpflichteten stiften kann.</p> <p><b>Petition: Streichung von Art. 7 Abs. 1 lit. b) des Ratskompromisses</b></p>
<p><b>Article 9</b> <b>Compliance functions</b> [...] 3. Obligated entities shall have an AML compliance officer, to be appointed with sufficiently high hierarchical standing by the management body in its management function, who shall be responsible for the policies, procedures and controls in the day-to-day operation of the obliged entity’s anti-money laundering and countering the financing of terrorism (AML/CFT) and targeted financial sanctions. That person shall also be responsible for reporting suspicious</p>		<p>Art. 9 Abs. 3 des Ratskompromisses verlangt von den Verpflichteten ausnahmslos die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten. Weil die Anforderungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung immer komplexer werden, ist es aber gerade für kleine und mittlere Kreditinstitute von erheblicher Bedeutung, das Aufgabenspektrum des Geldwäschebeauftragten möglichst umfassend an hoch spezialisierte und zuverlässige Dienstleister auslagern zu können. Wird nun trotz der nach Art. 6a</p>

<p>transactions to the Financial Intelligence Unit (FIU) in accordance with Article 50(6).</p> <p>In the case of obliged entities subject to checks on their senior management or beneficial owners pursuant to Article 6 of Directive [please insert reference – proposal for 6th Anti-Money Laundering Directive - COM/2021/423 final] or under other Union acts, AML compliance officers shall be subject to verification that they comply with those requirements.</p> <p>Where justified by the size, the nature or the risks of its activities, an obliged entity that is part of a group may appoint as its AML compliance officer an individual who performs that function in another entity within that group.</p>		<p>möglichen Auslagerung großer Teile des Aufgabenspektrums eines Geldwäschebeauftragten von den Verpflichteten verlangt, einen hochrangig angesiedelten Geldwäschebeauftragten mit entsprechender Expertise zu bestellen, stellt dies eine erhebliche Mehrbelastung gerade für kleine und mittlere Kreditinstitute dar. Wie bereits zu Art. 6a des Ratskompromisses ausgeführt, wird das vorgeschlagene Verbot, die Meldung verdächtiger Aktivitäten oder schwellenwertbezogener Meldungen auszulagern, ein Hindernis für eine schnelle und effiziente Meldung darstellen, da dadurch stets eine zusätzliche Kommunikation zwischen auslagernder Bank und Insourcer erforderlich wird.</p> <p><b>Wir setzen uns daher mit Nachdruck für die Beibehaltung der Möglichkeit der Komplettauslagerung des Geldwäschebeauftragten an hochspezialisierte Dienstleister ein, ohne dass dadurch die Überprüfungsbefugnisse der Bankenaufsicht eingeschränkt</b></p>
---	--	---



		<p><b>werden. Darüber hinaus sollte auch außerhalb von Konzernstrukturen die Auslagerung der Meldung verdächtiger Aktivitäten oder schwellenwertbasierter Erklärungen zugelassen bleiben, vgl. Art. 6a des Ratskompromisses.</b></p>
<p><b>Article 14 – paragraph 3 Branches and subsidiaries in third countries</b> 3. By [2 years after the date of entry into force of this Regulation], AMLA shall develop draft regulatory technical standards and submit them to the Commission for adoption. Those draft regulatory technical standards shall specify the type of additional measures referred to in paragraph 2, including the minimum action to be taken by obliged entities where the law of a third country does not permit the implementation of the measures required under Article 13 and the additional supervisory actions required in such cases.</p>	<p>3. By ... [2 years after the date of entry into force of this Regulation], AMLA shall develop draft regulatory technical standards and submit them to the Commission for adoption. Those draft regulatory technical standards shall specify the type of additional measures referred to in paragraph 2, including the minimum action to be taken by obliged entities where the law of a third country does not permit the implementation of the measures required under Article 13 and the additional supervisory actions required in such cases. <b>The draft regulatory technical standards shall include a list of third countries where the minimum AML/CFT requirement are deemed equivalent to those laid down in this Regulation. This</b></p>	<p>Der Ergänzungsvorschlag des Parlaments wird ausdrücklich begrüßt: eine entsprechende Vorgabe durch AMLA erhöht die Rechtssicherheit bei internationalen Geschäften durch europäische Kreditinstitute.</p>

<p><b>Article 15</b>  <b>Application of customer due diligence</b>                  4. Deleted</p>	<p><b><i>list shall be regularly updated.</i></b></p> <p>4. In the case of credit institutions, the performance of customer due diligence shall also take place, <b><i>where necessary</i></b> under the oversight of supervisors, at the moment that the institution has been determined failing or likely to fail pursuant to Article 32(1) of Directive 2014/59/EU of the European Parliament and of the Council<sup>52</sup> or when the deposits are unavailable in accordance with Article 2(1)(8) of Directive 2014/49/EU of the European Parliament and of the Council.                  Supervisors shall decide on the intensity and scope of such customer due diligence measures having regard to the specific circumstances of the credit institution.</p>	<p><b>Article 15 – paragraph 4</b>                  Der Kommissionsvorschlag, auch in der Fassung des Parlaments zu Abs. 4 ist weder praktikabel noch erforderlich. Vor dem Hintergrund, dass sämtliche Kunden nach den Vorgaben der Verordnung bereits bei Begründung der Geschäftsbeziehung den Kundensorgfaltspflichten unterzogen wurden und die Daten regelmäßig aktualisiert werden, besteht bereits keine Notwendigkeit für eine solche Regelung, weil die Einlagensicherungssysteme im Wesentlichen auf das System der zahlungsunfähigen Bank zurückgreifen. Auch steht für die Durchführung der allgemeinen Sorgfaltspflichten im Entschädigungsfall bereits mit Blick auf die Entschädigungsfrist von 7 Tagen keine hinreichende Zeit zur Verfügung, weil hierfür der jeweilige Kunde kontaktiert werden und um Dokumente (im Original) gebeten werden müsste.</p> <p>Auch mit Blick darauf, dass diese Thematik aktuell Gegenstand der</p>
--	---	---

<p>4a. In the case of a payout procedure pursuant to Article 8(1) of Directive 2014/49/EU of the European Parliament and of the Council<sup>41</sup>, the payout shall be made to an account in the name of the depositor at a credit or financial institution established in the European Union. Where an institution has failed due to AML/CFT breaches, obliged entities holding the accounts to which the payout is made shall take this factor into consideration and consider the application of enhanced due diligence measures.</p> <p>[...]</p>		<p>Diskussionen um den CMDI-Review der EU-Kommission ist, erscheint es sinnvoll, auf eine solche Regelung zum jetzigen Zeitpunkt in der AML-VO gänzlich zu verzichten.</p> <p><b>Petition:</b> <b>Streichung von Abs. 4, wie im Ratskompromiss vorgeschlagen.</b></p> <p><b>Article 15 – paragraph 4a – sentence 2</b> Gleiches gilt für den gelbten Abs. 4a Satz 2 des Ratskompromisses. Erschwerend kommt in diesem Fall hinzu, dass das kontoführende Institut regelmäßig keine Kenntnis von Verstößen des zahlungsunfähigen Instituts hat. Außerdem werden die zu entschädigenden Kunden (Verbraucher) nicht ursächlich für die Zahlungsunfähigkeit des insolventen Instituts sein. Diese wurden auch beim kontoführenden Institut bereits den geldwäscherechtlichen Sorgfaltspflichten unterworfen, aktualisiert und kontinuierlich auf Auffälligkeiten hin überwacht. Schließlich steht auch in einem solchen Fall mit Blick auf die</p>
--	--	--

		<p>Entschädigungsfrist nicht genügend Zeit für die Anwendung verstärkter Sorgfaltspflichten zur Verfügung.</p> <p><b>Petition:</b>  <b>Streichung von Art. 15 Abs. 4a Satz 2 des Ratskompromisses.</b></p>
<p><b>Article 17</b>  <b>Inability to comply with the requirement to apply customer due diligence measures</b>          [...]          3. Obligated entity shall not enter into business relationship with a legal entity incorporated outside the Union or with legal arrangement administered outside the Union, whose beneficial ownership information are not held in the central register referred to in Article 10 of Directive [please insert reference – proposal for 6th Anti-Money Laundering Directive - COM/2021/423 final], except in case where an obliged entity entering into business relationship with legal entity operates in sector that is associated with low ML/TF risks and the business relationship or intermediated or linked transactions</p>		<p>Artikel 17 Absatz 3 scheint Anforderungen einzuführen, die zwar den Verwaltungsaufwand erhöhen, aber nicht unbedingt den Erfolg bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität insgesamt verbessern würden. Die Verpflichteten sind nach dem einschlägigen Rechtsrahmen ohnehin verpflichtet, die wirtschaftlich Berechtigten ihrer Kunden zu ermitteln und deren Identität zu überprüfen. Daher wären diese Informationen verfügbar, falls sie von den zuständigen Behörden angefordert würden. In Anbetracht dessen wären die Verpflichteten letztlich gezwungen, die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung mit Nicht-EU-Unternehmen, die die Informationen noch nicht an ein EU-BO-Register übermittelt haben, auf</p>

<p>do not exceed EUR 250 000 or the equivalent in national currency.</p>		<p>der Grundlage einer reinen Formalität abzulehnen.</p> <p><b>Petition:</b>  <b>Wir schlagen daher vor, auf die Einführung einer solchen Bestimmung in der AML-Verordnung zu verzichten.</b></p>
<p><b>Article 18</b>  <b>Identification and verification of the customer’s and beneficial owners’ identity</b>  1. With the exception of cases of lower risk to which measures under Section 3 apply and irrespective of the application of additional measures in cases of higher risk under Section 4 obliged entities shall obtain at least the following information in order to identify, as applicable, the customer, a party to the intermediated transaction, and the person purporting to act on their behalf:  (a) for a natural person:  (i) the forename and surname;  (ii) place and date of birth;  (iii) nationality or nationalities, or statelessness and refugee or subsidiary protection status where</p>	<p><b>Article 18</b>  <b>Identification and verification of the customer’s identity and the beneficial owner’s identity</b>  1. With the exception of cases of lower risk to which measures under Section 3 apply and irrespective of the application of additional measures in cases of higher risk under Section 4 obliged entities shall obtain at least the following information in order to identify the customer and the person acting on their behalf:  (a) for a natural person:  (i) the forename and surname;  (ii) place and date of birth;  (iii) nationality or nationalities, or statelessness and refugee or subsidiary protection status where applicable, and the national</p>	<p>Es ist nicht ersichtlich, welchen Mehrwert die Erfassung des Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen für die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bringen soll. Vielmehr entsteht hierdurch eine Stigmatisierung Flüchtender, weil von ihnen zusätzliche Angaben angefordert werden, die andere Personen nicht beibringen müssen. Darüber hinaus ist nicht ersichtlich, wie Verpflichtete erkennen sollen, wann diese Angaben vom Kunden erhoben werden sollen. Bei sämtlichen Kunden ohne EU-Staatsbürgerschaft oder nur bei Personen, die bekanntermaßen aus Ländern kommen, aus denen eine Vielzahl von Personen in die EU flüchtet oder geflüchtet ist? Auch mit Blick auf die nach der DSGVO geforderte Datensparsamkeit sollte</p>

<p><b>applicable</b>, and the national identification number, where applicable;</p> <p>(iv) the usual place of residence or, if there is no fixed residential address with legitimate residence in the Union, the postal address at which the natural person can be reached;</p> <p>(b) for a legal entity:</p> <p>(i) legal form and name of the legal entity;</p> <p>(ii) address of the registered or official office and, if different, the principal place of business, and the country of incorporation;</p> <p>(iii) <b>the names of the legal representatives as well as, where available, the registration number, the tax identification number and the Legal Entity Identifier;</b></p> <p>(c) for a trustee of an express trust or a person holding an equivalent position in a similar legal arrangement:</p> <p>(i) the name of the express trust or a similar legal arrangement;</p> <p>(ii) the address of residence of the trustee(s) or person(s) holding an equivalent position in a similar legal arrangement, and the powers that</p>	<p>identification number, where applicable;</p> <p>(iv) the usual place of residence or, if there is no fixed residential address with legitimate residence in the Union, the postal address at which the natural person can be reached and, where <b>relevant for the purposes of customer due diligence</b>, possible, the occupation, profession, or employment status and the tax identification number;</p> <p>[...]</p>	<p>auf die Erhebung dieser Angabe verzichtet werden.</p> <p><b>Petition:</b>  <b>Streichung der Worte "and refugee or subsidiary protection status where applicable," aus Art. 18 Abs. 1 lit. a) iii) des Rats- und Parlamentskompromisses.</b></p> <p>Durch die Vorgabe in Art. 18 Abs. 1 lit. b) iii) entsteht ein erheblicher Mehraufwand auf Seiten der Unternehmen und Verpflichteten, wenn auch diejenigen Personen, die in öffentlichen Registern als Vertreter des Unternehmens gelistet sind, nach ihren Steuernummern befragt werden müssen. Sie sind nach der Abgabenordnung gar nicht zu legitimieren. Bei großen Unternehmen kann es sich bei diesen Personen um eine sehr große Anzahl handeln. Das erscheint unverhältnismäßig und datenschutzrechtlich bedenklich.</p> <p><b>Petition:</b>  <b>Beschränkung der Verpflichtung zur Erfassung der Steuernummer auf die tatsächlich der Bank</b></p>
--	---	---

<p>regulate and bind the legal arrangements, as well as, where available, the tax identification number and the Legal Entity Identifier;</p> <p>(d) for other organisations that have legal capacity under national law:</p> <p>(i) name, address of the registered office or equivalent;</p> <p>(ii) names of the persons empowered to represent the organisation as well as, where applicable, legal form, tax identification number, register number, Legal Entity Identifier and deeds of association or equivalent.</p> <p>2. For the purposes of identifying the beneficial owner of a legal entity, an express trust or a similar legal arrangement, obliged entities shall collect the information referred to in Article 44(1), point (a).</p> <p>Where, after having exhausted all possible means of identification pursuant to the first subparagraph, no natural person is identified as beneficial owner, or where there is any doubt that the person(s) identified is/are the beneficial owner(s), obliged entities shall identify all the natural person(s)</p>		<p><b>gegenüber auftretenden Personen</b></p> <p>Ganz wesentlich ist, dass die Anforderungen an die Identifizierung von Kunden und wirtschaftlich Berechtigten wie bisher unterschiedlich ausgestaltet werden. Beim wirtschaftlich Berechtigten handelt es sich nicht um den Kunden der Bank bzw. Verpflichteten, sondern um einen Dritten. Die Verpflichteten unterhalten zu wirtschaftlich Berechtigten regelmäßig keine Geschäftsbeziehung und haben deshalb zu diesen keinen eigenen unmittelbaren Auskunftsanspruch. Sie müssen sich die entsprechenden Daten und Dokumente zur Überprüfung daher über ihren Kunden und ggf. aus weiteren zuverlässigen externen Quellen besorgen. Je mehr Daten erhoben und überprüft werden müssen, umso größer wird der entsprechende Aufwand, der wichtige Ressourcen an falscher Stelle bindet. Daher muss auf das Aufwand-Nutzen-Verhältnis sorgfältiges Augenmerk gerichtet werden. Ziel muss es sein, nur die</p>
--	--	--

<p>holding the position(s) of senior managing official(s) in the corporate or other legal entity and shall take reasonable measures to verify their identity. Obligated entities shall keep records of the actions taken as well as of the difficulties encountered during the identification process, which led to resorting to the identification of a senior managing official.</p> <p>2a. For the purposes of identifying the beneficial owner pursuant to Article 2, point (22)(b), obliged entities shall obtain information over the end user of the services provided through the business relationship or the occasional transaction. Where such services are provided to the end user through other obliged entities, the obliged entity shall ensure that it knows at any moment the identity of the end user and that it can obtain the information identifying and verifying the identity of the end user from the other obliged entities without delay and in any case within no more than five working days.</p> <p>3. In the case of beneficiaries of legal entities referred to in Article</p>		<p>Daten zu erheben, die zur tatsächlichen Identifizierung einer Person als auch zur Beantwortung der Frage nach einer etwaigen Kontrolle einer juristischen Person durch eine natürliche Person ausreichen. Mehr ist nicht erforderlich. Hierfür reichen die Vorgaben nach geltendem Recht, die zudem den Verpflichteten die Anwendung eines risikobasierten Ansatzes ermöglicht, völlig aus. Eine Gleichschaltung der Anforderungen an die Identifizierung von Kunden und wirtschaftlich Berechtigten ist dagegen nicht sachgerecht</p> <p>Ein weiteres praktisches Problem ist der Umfang der im Rahmen der Identifizierung des/der wirtschaftlich Berechtigten zu erhebenden Daten und Informationen. Der Verweis in Artikel 18 auf Artikel 44 Abs. 1 lit a und wohl auch lit b verfolgt einen rein regelbezogenen Ansatz und erschwert die Identifizierung für die Verpflichteten erheblich, ohne dass dadurch ein nennenswerter Beitrag für eine effektive Geldwäscheprävention erreicht werden würde.</p>
---	--	--



<p>42a and legal arrangements referred to in Article 43 that are designated by particular characteristics or class, an obliged entity shall obtain sufficient information concerning the beneficiary so that it will be able to establish the identity of the beneficiary at the time of the payout or at the time of the exercise by the beneficiary of its vested rights.</p> <p>4. Obligated entities shall obtain the information, documents and data necessary for the verification of the identity of the customer, the party to the intermediated transaction and any person purporting to act on behalf of either of them through either of the following means:</p> <p>(a) the submission of the identity document, passport or equivalent and the acquisition of information from reliable and independent sources, whether accessed directly or provided by the customer;</p> <p>(b) the use of electronic identification means which meet the requirements set out in Regulation (EU) 910/2014 with regard to the assurance levels 'substantial' or 'high' and relevant qualified trust</p>		<p>Die Vorgabe des Ratsdokuments in Art. 18 (2a) beschreibt den Regelfall einer Geschäftsbeziehung auf Veranlassung eines Treugebers. Wichtig ist, dass ein gemeinsames Verständnis besteht, dass bei einer Korrespondenzbeziehung das Korrespondenzinstitut nicht die Identität aller Kunden des Respondenten kennen kann. Dies würde das Modell einer Korrespondenzbeziehung ad absurdum führen. Für Korrespondenzbeziehungen mit Respondenten in Drittstaaten sieht daher Art. 30 verschiedene verstärkte Sorgfaltspflichten, aber nicht, dass der Korrespondent jederzeit die Identität der Kunden des Respondenten kennt.</p> <p><b>Wir bitten daher dringend um Streichung von Art. 18 (2a) der Ratsfassung oder um Klarstellung, dass Korrespondenzbeziehungen im Sinne der Verordnung hiervon nicht berührt werden.</b></p> <p>Förderbanken stehen bei dem so genannten Durchleitungsgeschäft (Förderkredite) nicht in einer</p>
---	--	--

<p>services as set out in Regulation (EU) 910/2014.</p> <p>5. Obligated entities shall obtain the information, documents and data necessary for taking reasonable measures to verify identity of beneficial owner of a customer, from a public register other than the beneficial ownership registers</p>	<p><b><i>Abs. 4 lit. (ba) where applicable, the submission of proof of registration in the central register referred to in Article 10 of Directive [please insert reference – proposal for 6th Anti-Money Laundering Directive - COM/2021/423 final]</i></b></p>	<p>Geschäftsbeziehung zu dem Kreditnehmer. Dieser ist vielmehr Geschäftspartner seiner, den Kredit ausreichenden, Hausbank, die auch die Identifizierung und Verifizierung nach den geldwäscherechtlichen Vorgaben durchführt. Die KYC führen die Hausbanken aufgrund ihrer eigenen Verpflichtung nach dem GwG und nicht als Dienstleistung für die Förderbanken durch. Wir gehen davon aus, dass Art. 18 (2a) neu des Ratsvorschlags keine doppelte Erhebung derselben Daten durch die Förderbank notwendig macht. Dies wäre nicht im Sinne einer effizienten Geldwäscheprävention. Es würde nur zu einem erheblichen zusätzlichen Aufwand, aber nicht zu weiteren Erkenntnissen führen, die der Prävention dienen könnten.</p> <p><b>Abs. 4 lit. (ba) des Parlamentskompromisses</b> Zu Satz 1 siehe Anmerkung zu Art. 17.</p> <p><b>Zu Satz 2:</b> Die dokumentäre Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten wird in der Praxis häufig</p>
---	--	--

<p>referred to in Article 10 of Directive [please insert reference – proposal for 6th Anti-Money Laundering Directive - COM/2021/423 final], the customer or other reliable sources. Besides sources mentioned in the first subparagraph, for the purposes of verifying the information on the beneficial owner(s) pursuant to Article 2, point (22)(a), obliged entities shall also consult the central registers referred to in Article 10 of Directive [please insert reference – proposal for 6th Anti-Money Laundering Directive - COM/2021/423 final] as well as additional information. Obligated entities shall determine the extent of the additional information to be consulted, having regard to the risks posed by the transaction or the business relationship and the beneficial owner.</p>	<p><b>for customers who are legal entities incorporated outside the Union, in accordance with Article 48 of this Regulation. Where a customer is a legal entity or a trustee or person in equivalent position acting on behalf of the legal arrangement, obliged entities shall take appropriate measures to verify the identity of the beneficial owner(s) of a legal entity or legal arrangement, including, where possible, on the basis of identity documents or by means of electronic identification, in order to know who the beneficial owner is and understand the ownership and control structure of the legal entity or legal arrangement.</b></p>	<p>daran scheitern, dass dieser beim Onboarding-Prozess nicht anwesend ist und vielfach seinen Wohnsitz noch nicht einmal in dem Land des Verpflichteten hat. In Verbindung mit strengeren Anforderungen an die wirtschaftlich-Berechtigten-Eigenschaften würde hierdurch ein ganz erheblicher Mehraufwand produziert, ohne dass sich an die dokumentäre Identifikation für den Verpflichteten ein Mehrwert für die Geldwäscheverhinderung der Kreditinstitute ergeben würde. Allenfalls würde eine einmalige dokumentäre Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber dem Transparenzregister sinnvoll sein.</p> <p><b>Petition: Streichung von Abs. 4 lit. (ba) des Parlamentskompromisses.</b></p>
	<p><b>Article 36a Specific provisions regarding certain high-net-worth customers 1. In addition to the customer due diligence measures laid down in Article 16, obliged</b></p>	<p>Der neue Art. 36a (high net worth customers) sieht regelbezogen vor, dass ein erhöhtes Risiko bei Kunden gegeben ist, die in bestimmten Branchen tätig sind bzw. über eine bestimmte Summe verfügen, - vgl. Legaldefinition in Art. 2 Abs. 27a (die</p>

	<p><b><i>entities shall have in place appropriate risk management systems, including risk-based procedures, to determine whether the customer or the beneficial owner of the customer is a high risk high-net-worth individual.</i></b></p> <p><b><i>2. A customer whose wealth derives from the extractive industry, or from reported links with politically exposed persons, or from the exploitation of monopolies in third countries identified by credible sources or acknowledged processes as having significant levels of corruption or other criminal activity shall be considered to be a high-risk high-net-worth individual where:</i></b></p> <p><b><i>a) obliged entities other than those referred to in Article 3 (3)</i></b></p> <p><b><i>(b):</i></b></p> <p><b><i>i) have a business relationship with that customer that exceeds EUR 1 000 0000, calculated on the basis of the customer's financial or investable wealth or assets either under management by the obliged entity or relating</i></b></p>	<p>allerdings nicht konsequent mit Art. 36a einhergeht). Dadurch sollen regelmäßig verstärkte Sorgfaltspflichten auf diese Kunden anzuwenden sein. Es ist unklar, warum wohlhabende Personen per se einem höheren Risiko zugeordnet werden sollen, zumal diese These des EP jeglicher empirischen Belege entbehrt, die ein per se hohes Geldwäscherisiko dieser Kundengruppe indizieren. Dasselbe gilt auch für den gewählten Schwellenwert von EUR 1.000.000 finanziellem oder investierbarem Vermögen oder Vermögenswerten. Dies gilt umso mehr für Sorgfaltspflichten gegenüber wBs, von denen man diese Informationen mangels eigenen Kontaktes nicht direkt einholen kann, (siehe auch die Anmerkungen zur Ermittlungspflicht in Abs. 2). Die vorgeschlagene Definition schließt neben dem eigentlichen Kunden auch wirtschaftliche Eigentümer mit ein.</p> <p>Die Vorgaben schaffen auch praktische Probleme: Bspw. können zu den Finanzanlagen auch Aktien gehören, deren Wert sich ständig</p>
--	---	--

	<p><b><i>to which the obliged entity offers material aid, assistance or advice, excluding the customer's main private residence, regardless of whether that amount is reached at the time of establishment of the business relationship or after in the course of one year; or</i></b></p> <p><b><i>ii) perform an occasional transaction, or offer material aid, assistance or advice relating to an occasional transaction for that customer that exceeds EUR 1 000 000; b) obliged entities referred to in Article 3 (3) (b) obliged entities referred to in Article 3 (3) (b):</i></b></p> <p><b><i>(i) act on behalf of and for that customer in any business relationship or occasional transaction which exceeds EUR 1 000 000; or</i></b></p> <p><b><i>(ii) when they assist in the planning or carry out transactions for that customer which, alone or combined in the course of a business relationship which extend over one year, exceed EUR 1 000 000.</i></b></p>	<p>ändert. Ein Kunde kann daher mehrmals am Tag in die Kategorie der HNWC/I fallen und wieder aus ihr herausfallen, ohne auch nur einen einzigen Handel zu tätigen. Ein Kunde kann auch nach Dividenden- oder Zinsausschüttungen in die Kategorie der HNWC/I fallen. Die genannten Beispiele würde jedoch nicht zu einer tatsächlichen Erhöhung des mit einem Kunden verbundenen Geldwäscherisikos führen, die eine erhöhte Sorgfaltspflicht rechtfertigen würde. Hinzu kommt die Problematik der Erkennbarkeit für die Verpflichteten, ob ein Kunde in die Kategorie der HNWC/I fällt oder nicht. Schließlich kann ein Kunde auch Konten und Depots bei anderen Kreditinstituten unterhalten.</p> <p><b>Petition: Streichung des Art. 36a des Parlamentskompromisses.</b></p>
--	--	--

	<p><b>3. Without prejudice to paragraph 2, for the purposes of paragraph 1, obliged entities shall also consider information obtained as part of the customer due diligence process and ongoing monitoring of transactions in accordance with this Chapter or any other relevant information at their disposal.</b></p> <p><b>4. For the purpose of this Article, extraction of natural resources extractive industry means any activity involving the exploration, prospection, discovery, development, and extraction of minerals, oil, natural gas deposits or other materials, within the economic activities listed in Section B, Divisions 05 to 08 of Annex I to Regulation (EC) No 1893/2006 of the European Parliament and of the Council of 20 December 2006 establishing the statistical classification of economic activities NACE Revision 2, as referred to in Article 41(1) of Directive 2013/34.</b></p> <p><b>5. With respect to transactions or</b></p>	
--	---	--

	<p><b><i>business relationships with high risk high-net-worth customers who present high risk factors as referred to in paragraph 1, obliged entities shall apply the following enhanced due diligence measures:</i></b></p> <p><b><i>(a) take adequate measures to establish the source of wealth and source of funds that are involved in business relationships or occasional transactions with those customers and determine to the extent possible be satisfied that the business relationships or transactions are not linked to money laundering, terrorist financing or predicate offences or in accordance with Union law, whether committed in the Union or in third countries;</i></b></p> <p><b><i>(b) obtain senior management approval for establishing or continuing business relationships with those customers as well as for carrying out occasional transactions with those customers;</i></b></p> <p><b><i>(c) conduct enhanced, ongoing</i></b></p>	
--	--	--

	<p><b><i>monitoring of business relationships with those customers.</i></b></p>	
	<p><b>Article 41a</b>  <b>Unwarranted de-risking, nondiscrimination and financial inclusion</b>  <b>1. Credit and financial institutions shall have in place controls and procedures to ensure that and in the application of customer due diligence requirements provided under this Chapter does not result in the unwarranted refusal, or termination, of business relationships with entire categories of customers and that obliged entities comply with Article 15 and Article 16(2) of Directive 2014/92/EU. The internal policies, controls and procedures of credit and financial institutions shall include options for mitigating the risks of money laundering and terrorist financing that obliged entities will consider applying before deciding to reject a customer on</b></p>	<p>Nach Art. 41a sollen Finanzinstitute u.a. interne Regeln, Prozesse und Kontrollen implementieren, die sicherstellen, dass die in der AMLR vorgegebenen Kundensorgfaltspflichten nicht zur ungerechtfertigten Verweigerung oder Beendigung von Geschäftsbeziehungen mit ganzen Kategorien von Kunden führen (Abs.1). Ferner sollen Non-Profit-Organisationen (NPOs) nicht ausschließlich aufgrund von geographischen Risiken ausgeschlossen werden, Abs. 2. Letzteres steht allerdings in einem klaren Widerspruch zu den Listen über Hochrisikostaaten und Staaten, die terroristische Aktivitäten unterstützen. Im Falle einer solchen Regelung müsste zumindest eine Haftungsfreistellung zugunsten der Finanzinstitute im Gesetzeswortlaut erfolgen. Anderenfalls wäre die Bestimmung, die zudem einen klaren Eingriff in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit der Adressaten</p>



	<p><b><i>the grounds of a risk of money laundering or terrorist financing. The internal policies and procedures of credit and financial institutions shall include options and criteria to adjust the features of products or services offered to a given customer on an individual and risk-sensitive basis and, where applicable, in accordance with the level of services offered under Directive 2014/92/EU.</i></b></p> <p><b><i>2. Without prejudice to paragraph 1, credit and financial institutions shall have in place internal policies, controls and procedures to ensure that the application of customer due diligence requirements provided under this Chapter does not result in the undue exclusion of nonprofit organisations and their representatives and associates from access to financial services exclusively on the basis of geographical risk.</i></b></p> <p><b><i>3. Obligated entities shall not rely</i></b></p>	<p>beinhaltet, in der Praxis nicht mit dem gewünschten Ergebnis umsetzbar.</p> <p>Nach Abs. 3 sollen Finanzinstitute sich außerdem nicht auf offizielle Dokumente seitens der Behörden in Drittstaaten oder Verträge der EU zur Unterbrechung oder Einschränkung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen verlassen dürfen. Offen bleibt allerdings, welche vertrauenswürdigen Unterlagen stattdessen herangezogen werden können. Dies stellt eine nicht nachvollziehbare Anforderung des EPs dar, da nicht klar ist, was noch vertrauenswürdiger bzw. mehr als „Nachweis“ für Finanzdienstleister dienen soll, als offizielle Dokumente. Ferner wäre das nicht mit den eigenen (nationalen) Vorgaben vereinbar.</p> <p>Das Thema des de-riskings wird ausreichend und umfänglich von den EBA Guidelines abgedeckt. Es ist grds. ausreichend, wenn solche Vorgaben auf der Ebene einer Guideline entwickelt werden. Hierbei</p>
--	---	--

	<p><b><i>exclusively on information provided by public authorities from the third countries covered by Articles 23, 24 and 25, as well as from the third countries covered by a decision adopted in accordance with Chapter 2 of Title V of the Treaty on European Union providing for the interruption or reduction, in part or completely, of economic and financial relations.</i></b></p> <p><b><i>4. By ... [three years after the entry into force of this Regulation], AMLA and EBA shall jointly issue guidelines on the clarification of the relationship between requirements in this Chapter and access to financial services, including in relation to the interactions between this Chapter and Directive (EU) 2014/92 and Directive (EU) 2015/2366. Those guidelines shall include guidance on how to maintain a balance between financial inclusion of categories of customers particularly affected by de-risking, and AML/CFT requirements. The</i></b></p>	<p>sollte die unternehmerische Entscheidungsfreiheit im Blick behalten werden.</p> <p><b>Petition: Streichung von Art. 41a des Parlamentskompromisses.</b></p>
--	--	--

	<p><b><i>guidelines shall clarify how risk can be mitigated in relation to those customers and ensure transparent and fair processes for customers.</i></b></p>	
<p><b>Article 42 Identification of Beneficial Owners for corporate and other legal entities</b></p> <p>1. In case of corporate entities, the beneficial owner(s) as defined in Article 2, point (22)(a), shall be the natural person(s) who:</p> <p>(a) have, directly or indirectly, an ownership interest in the corporate entity;</p> <p>(b) controls, directly or indirectly, the corporate entity, through ownership interest or via other means;</p> <p>(c) controls, directly or indirectly, legal entities that have a direct ownership interest in the corporate entity, whether individually or cumulatively; or</p> <p>(d) are the beneficial owner(s) of:</p> <p>(i) legal persons referred to in Article 42a which have, directly or indirectly, an ownership interest in</p>	<p>1. In case of corporate <b><i>and other legal</i></b> entities <b><i>regardless of form or structure</i></b>, the beneficial owner(s) as defined in Article 2(22) shall be the natural person(s) who <b><i>owns, or</i></b> control(s), directly or indirectly, the corporate <b><i>or other legal</i></b> entity, either through an ownership interest or through control via other means.</p>	<p><b>Wir begrüßen die Bestätigung der 25%-Schwelle in Art. 42 des Ratskompromisses.</b> Anstelle der im Ratskompromiss vorgeschlagenen Vorgehensweise wäre es aus unserer Sicht allerdings praktikabler und sachnäher, bei mehrstufigen Beteiligungen nur auf der ersten Beteiligungsebene eine 25%-Schwelle vorzusehen und ab der zweiten Beteiligungsebene am Vertragspartner auf die Möglichkeit der Beherrschung des Vertragspartners abzustellen. Hier ist nur dann ein Beteiligungsstrang weiter zu verfolgen, wenn tatsächlich Kontrolle auf den jeweiligen unmittelbar Beteiligten ausgeübt werden kann. Kontrolle übt ein mittelbar Beteiligter demnach aus, wenn er an dem betreffenden unmittelbar Beteiligten letztlich</p> <p>a. mehr als 50% der Kapitalanteile hält, oder</p>

<p>the corporate entity, whether individually or cumulatively; or (ii) legal arrangements, which hold, directly or indirectly, an ownership interest of the corporate entity, whether individually or cumulatively.</p> <p>2. For the purpose of this Article, 'an ownership interest in the corporate entity' shall mean direct or indirect ownership of 25% or more of the shares or voting rights or other ownership interest in the corporate entity, including through bearer shareholdings, where the indirect ownership shall be calculated by multiplying the shares or voting rights or other ownership interests held by the intermediate entities in the chain and by adding together the results from the various chains.</p>	<p>For the purpose of this Article an ownership interest' shall mean an ownership of <b>15 %</b> plus one of the shares or voting rights or other <b>direct or indirect</b> ownership interest in the corporate entity, including through bearer shareholdings, on every level of ownership.</p> <p><b><i>In assessing whether there is an ownership interest in the corporate entity, shareholdings on every level of ownership shall be taken into account. Indirect ownership shall be calculated by multiplying the shares or voting rights or other ownership interests held by the intermediate entities in the chain and by adding together the results from the various chains. For the purpose of this Article, 'control of the corporate or legal entity' means the possibility to</i></b></p>	<p>b. mehr als 50% der Stimmrechte kontrolliert, oder c. beherrschenden Einfluss ausüben kann.</p> <p>Nicht zuletzt aus Gründen der Datensparsamkeit und mit Blick auf die tatsächlichen Möglichkeiten der Einflussnahme der betreffenden Personen auf den Vertragspartner sollte (nur) auf dessen Beherrschung abgestellt werden.</p> <p>Noch unpraktikabler erscheint der Vorschlag des EP, bei dem der Zusammenhang mit der ebenfalls vorgesehenen Anwendung der Durchrechnungsmethode zur Ermittlung der (indirekten) Kontrolle unklar bleibt. Dies führt lediglich zur Sammlung von Daten und der Erhöhung der Anzahl von wBs, hat aber im Endeffekt ebenfalls keinen Nutzen für die Geldwäschebekämpfung. Dies gilt erst recht für den EP-Vorschlag eines Abs. 5a.</p> <p>Ein kohärenter Ansatz zur Identifizierung von wirtschaftlich Berechtigten ist u.E. auch im Hinblick</p>
---	--	---

<p>3. For the purpose of this Article, 'control of the legal entity' shall mean the possibility to exercise, directly or indirectly, significant influence and impose relevant decisions within the legal entity. The 'indirect control of a legal entity' shall mean control of intermediate entities in the chain or in various chains of the structure, where the direct control is identified on each level of the structure, insofar the control over intermediate entities allows for a natural person to control the legal entity.</p>	<p><b><i>exercise, directly or indirectly, significant influence and impose relevant decisions within the corporate or legal entity. The 'indirect control of the corporate or legal entity' means control of intermediate entities in the chain or in various chains of the structure, where the direct control is identified on each level of the structure, insofar the control over intermediate entities allows for a natural person to control the legal entity.</i></b></p> <p>For the purpose of this Article, 'control <b><i>of the corporate or legal entity' including control</i></b> via other means' <b><i>includes</i></b> at least one of the following: [...]</p> <p><b><i>5a. By way of derogation from paragraph 1 of this Article, an ownership interest shall mean an</i></b></p>	<p>auf die Verknüpfung der Wirtschaftlich-Berechtigten-Register von großer Bedeutung</p> <p><b>Petition: In Art. 42 Abs. 2 des Ratskompromisses sollte bei der Definition des wirtschaftlich Berechtigten ab der zweiten Beteiligungsebene auf diejenige natürliche Person abgestellt werden, die</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><b>a. mehr als 50% der Kapitalanteile hält, oder</b></li> <li><b>b. mehr als 50% der Stimmrechte kontrolliert, oder</b></li> <li><b>c. auf andere Weise beherrschenden Einfluss ausüben kann.</b></li> </ul> <p><b>Von der Übernahme der Vorschläge im Parlamentskompromiss zu Artikel 42 sollte insgesamt abgesehen werden.</b></p>
---	--	---

<p>4. Control of the legal entity shall in any case include the possibility to exercise:</p> <p>(a) in case of a corporate entity, the majority of the voting rights in the corporate entity, whether or not shared by persons acting in concert;</p> <p>(b) the right to appoint or remove a majority of the members of the board or the administrative, management or supervisory body or similar officers of the legal entity;</p> <p>(c) relevant veto rights or decision rights attached to the share of the corporate entity and any decisions regarding distribution of profit of the legal entity or leading to a shift in assets in the legal entity.</p> <p>5. Control of the legal entity may be exercised also via other means than those referred to in paragraph 4. Depending on the particular situation of the legal entity and its structure, other means of control may include:</p> <p>(a) formal or informal agreements with owners, members or the corporate entities, provisions in the articles of association, partnership agreements, syndication agreements, or equivalent documents or agreements depending</p>	<p><b><i>ownership of 5 % plus one share or voting right or other ownership interest in the corporate entity, for the following legal entities:</i></b></p>	
--	---	--

<p>on the specific characteristics of the legal corporate entity, as well as voting arrangements; (b) relationships between family members; or (c) use of formal or informal nominee arrangements. Control via other means over corporate entity shall be identified independently of and parallel to the existence of ownership interest or control.</p> <p>6. In case of legal entities other than corporate entities that have legal personality under national law, for which with regard to their form and structure, it is not appropriate or possible to take into account the ownership interest, the beneficial owner(s) as defined in Article 2, point (22)(a), shall be the natural person(s) who controls, directly or indirectly, the legal entity, except where Article 42a applies.</p> <p>7. Member States shall notify to the Commission by [3 months from the date of application of this Regulation] a list of the types of corporate and other legal entities existing under their national laws</p>		
--	--	--

<p>with beneficial owner(s) identified in accordance with paragraph 1 and 6. The Commission shall communicate that decision to the other Member States. The notification by the Member States shall include the specific categories of entities, description of characteristics, names and, where applicable, legal basis under the national laws of the Member States. It shall also include an indication of whether, due to the specific form and structures of legal entities other than corporate entities, the mechanism under Article 45(3) applies, accompanied by a detailed justification of the reasons for that.</p> <p>8. In case of categories of corporate entities that are associated with higher money laundering and terrorist financing risk and where it is appropriate to mitigate such risk, a lower threshold than set out in paragraph 2 shall be an ownership interest.</p> <p>The Commission is empowered to identify, by adoption of an implementing act in accordance with the examination procedure referred to in Article 61(2):</p>		
---	--	--



<p>(a) the categories of corporate entities that are associated with higher money laundering and terrorist financing risk and for which a lower threshold than that set out in paragraph 2, shall be an ownership interest;</p> <p>(b) the related thresholds.</p> <p>9. The Commission shall review the implementing acts referred to in paragraph 8 on a regular basis to ensure that the categories of corporate entities identified as associated with higher risks are correct, and that the lower thresholds imposed are proportionate and adequate to those risks.</p>		
<p><b>Art. 50</b> <b>Reporting of suspicious transactions</b></p> <p>1. Obligated entities, and, where applicable, their directors and employees, shall promptly report to the FIU, on their own initiative, where the obliged entity knows, suspects or has reasonable grounds to suspect that funds, transactions or activities, including attempted transactions or activities, or any</p>	<p><b>Art. 50</b> <b>Reporting of suspicions</b></p> <p>1. Obligated entities shall report <b>all suspicions of money laundering, terrorist financing or predicate offences</b> to the FIU, including suspicious attempted transactions. Obligated entities, and, where applicable, their directors and employees, shall cooperate fully by promptly:</p>	<p>Die Passage zur Meldung „strafrechtlicher Aktivitäten“ in Abs. 1 Nr. (b) des Ratskompromisses erscheint auf den ersten Blick weitergehend als die Definition der Geldwäsche in Art. 2.</p> <p>Stringenterweise sollte die Meldeverpflichtung nur solche Handlungen umfassen, die von der Definition der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umfasst</p>

<p>other relevant fact, fulfil at least one of the following conditions:                  (a) they are related to terrorist financing or proceeds of criminal activity;                  (b) they are related to proceeds-generating criminal activity.</p>	<p>(a) reporting to the FIU, on their own initiative, where the obliged entity knows, suspects or has reasonable grounds to suspect that <b>funds, assets or activities</b>, regardless of the amount involved, <b>are related to</b> the proceeds of criminal activity or are related to terrorist financing, and by responding to requests by the FIU for additional information in such cases;                  (b) providing the FIU directly, at its request, with all necessary information.                  For the purposes of points (a) and (b), obliged entities shall reply to a request for information by the FIU within five <b>working days, unless the FIU determines a different deadline</b>. In justified and urgent cases, <b>such as where transactions are in progress or a prompt action is required, FIUs may require the information to be provided as soon as possible, and within a deadline that shall not be longer than one working day</b>.                  [...]</p>	<p>sind. Daher ist eine Klarstellung und Präzisierung erforderlich.</p> <p>Nach dem Wortlaut von Art. 50 des Parlamentskompromisses soll die Verdachtsmeldepflicht auf die Meldung von Vortaten ausgedehnt werden. Darüber hinaus soll eine Meldepflicht bei jeglichem verdächtigen Verhalten bestehen („reporting of suspicions“). Ein Zusammenhang mit einer Transaktion mit dem Ziel der Verschleierung illegal erworbener Vermögenswerte könnte danach nicht mehr erforderlich sein. Dies ginge weit über die internationalen Grundlagen der Verdachtsmeldepflicht gemäß der FATF-Empfehlung 20 hinaus. Diese setzt explizit eine verdächtige Transaktion voraus. Die vorgeschlagene konturenlose Erweiterung der Meldepflicht würde absehbar zu einem weiteren Meldungsanstieg führen, obwohl die FIUs bereits heute dem Meldeaufkommen kaum nachkommen. Eine zentrale Zielsetzung des AML-Pakets – mehr</p>
---	---	---

	<p>6. The person appointed in accordance with Article 9(3) shall transmit the information referred to in paragraph 1 of this Article to the FIU of the Member State in whose territory the obliged entity transmitting the information is established.</p>	<p>Qualität, weniger Quantität – würde geradezu in ihr Gegenteil verkehrt.</p> <p>Die Verwendung des Begriffs „activities“ unter Abs. 1 a) im Parlamentskompromiss könnte auch Sachverhaltskonstellationen ohne eine Vermögensverschiebung meldepflichtig machen. Dies würde aus den oben genannten Gründen gegen international verankerte Grundprinzipien verstoßen. Überdies würde eine so weitgehende Meldepflicht auch in Konflikt mit der Rechtsprechung des EuGH zur Reichweite von Art. 8 der EU-Grundrechtecharta (Datenschutzgrundrecht; siehe die Entscheidung in der Rechtssache C-817/19 vom 21. Juni 2022) stehen.</p> <p>Die Anforderung zur Beantwortung einer FIU-Anfrage innerhalb eines Arbeitstages gem. Abs. 1 S. 3 des Parlamentskompromisses ist nicht umsetzbar, sofern nicht nur eine einzelne Transaktion, sondern bspw. die gesamte Transaktionshistorie eines Kunden angefragt wird, die sich bei langjährigen Kunden bspw. über mehr als ein Jahrzehnt hinziehen</p>
--	--	--

		<p>kann. Diesen Datensatz innerhalb eines Tages zur Verfügung zu stellen ist faktisch nicht möglich. Selbst bei „justified und urgent cases“ muss die Verhältnismäßigkeit und der praktische Aufwand für die Informationsbeschaffung beachtet werden. <b>Deshalb sollten bei umfangreichen Anfragen mindestens drei Arbeitstage für eine Rückmeldung der Finanzinstitute gewährt werden.</b></p> <p><b>Aus Klarstellungsgründen sollte in Abs. 6 statt von „person appointed in accordance with Article 9(3)“ von „obliged entity“ gesprochen werden.</b> Diese trifft unstreitig die Meldeverpflichtung, die durch die von ihr beauftragte Person ausgeführt wird. Die aktuelle Formulierung könnte dahingehend interpretiert werden, dass der Geldwäschebeauftragte (zusätzlich?) selbst meldepflichtig ist und diese Pflicht nicht delegieren kann.</p>
	<p><b>Article 52 Consent by FIU to the performance of a transaction</b></p>	<p><b>Art. 52 Abs. 1 S. 2 des Parlamentskompromisses sollte dahingehend geändert werden, dass eine Vereinbarkeit mit den</b></p>

	<p>1. Obligated entities shall refrain from carrying out transactions which they know or suspect to be related to proceeds of criminal activity or to terrorist financing until they have completed the necessary action in accordance with Article 50(1), second subparagraph, point (a), and have complied with any further specific instructions from the FIU or other competent authority in accordance with the applicable law.</p> <p><b><i>Obligated entities may carry out the transaction concerned after a proper risk assessment if they have not received instructions to the contrary from the FIU within three days.</i></b></p>	<p><b>zahlungsverkehrsrechtlichen Bestimmungen aus § 675s BGB gewährleistet werden kann.</b> Das EP will die Ausführung der Transaktion nach Verstreichen der 3-tägigen Anhaltefrist ohne Rückmeldung der FIU an ein Risk Assessment des Verpflichteten knüpfen. Was dieses Risk Assessment beinhalten soll und was die Folge sein wird, wenn der Verpflichtete zu dem Ergebnis „hohes Risiko“ bzw. „fortbestehender (Geldwäsche-) Verdacht“ kommt, ist unklar. Anscheinend wird durch diesen neu eingefügten Satz wohl versucht, dem Verpflichteten die Verantwortung bzw. die alleinige Entscheidung über die Ausführung der gemeldeten Transaktion zuzuschieben („may carry out“). Das Verhältnis zu den zivilrechtlichen Ausführungspflichten der autorisierten Transaktion (und letztlich auch die Gefahr eines unbeabsichtigten „tipping off“) bleibt außer Betracht.</p> <p><b>Petition:</b> <b>Es bedarf einer ausdrücklichen Regelung, dass Transaktionen</b></p>
--	--	--

		<b>nach Ablauf der Anhaltefrist ohne weitere Bedingungen ausgeführt werden können, durch Streichung der Worte „after a proper risk assesment“.</b>
--	--	--

---